

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina



Nächste
Mahnwache:
Freitag,
11. September
2020.....



Karikatur
des sog.
„Handala“
palästinensisches
Flüchtlingskind
(Nakba, 1948)
Cartoonist:
Nadji al-Ali

Wir stehen hier

- für einen gerechten Frieden zwischen der israelischen und den palästinensischen Gesellschaften
- für ein Leben in Sicherheit und Würde in beiden Gesellschaften
- für ein Ende der Besatzung, des Siedlungsbaus, der Hauszerstörungen, für die Aufhebung der völkerrechtswidrigen Mauer in den palästinensischen Gebieten
- für ein Ende der Blockade des Gaza-Streifens
- für ein Recht auf Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge
- für die Einstellung der Militär- und Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten

Freitag, 14. August 2020, 12.30-13.15 Uhr,
Bahnhofplatz / Heiliggeist-Kirche Bern

Der Vorwurf des Antisemitismus darf nicht benutzt werden, um Kritik an Israels Politik zu unterbinden !
Professor Gideon Freudenthal, Jerusalem

Lesen Sie darüber mehr auf der Rückseite >>>

Die erste Mahnwache fand am 7. November 1997 vor der israelischen Botschaft statt. Seither stehen Menschen vor der Offenen Heiliggeistkirche in Bern, **jeden 2. Freitag im Monat von 12.30 bis 13.15 Uhr** für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina. Danach gibt es jeweils aktuelle Informationen in der Kirche.

Hinweise

«Sie weigern sich, Feinde zu sein»
Zwei Veranstaltungen zur Suche nach Frieden
in Israel / Palästina

Film von Lia Tarachansky: "The Side of the Road – Auf der falschen Seite" (dt.Untertitel) Diskussion

Kirchgemeindehaus Johannes, Wylersstr. 5, Bern
Mittwoch, 2. September 2020, 19.30 Uhr

«Sie weigern sich, Feinde zu sein»
Zwei Veranstaltungen zur Suche nach Frieden
in Israel / Palästina

Vortrag zu Neve Shalom Wahat-al-Salam, der Ort,
wo Frieden gelernt, gelebt und gelehrt wird.

Kirchgemeindehaus Johannes, Wylersstr. 5, Bern
Mittwoch, 9. September 2020, 19.30 Uhr

Regelmässige Hinweise / Links:

www.nahostfrieden.ch



Kritik an der israelischen Besatzungs- und Siedlungspolitik im Gebiet des Westjordanlandes, und neu auch der geplanten illegalen Annexion grosser Teile unter palästinensischer Verwaltung, wird durch die israelische Regierung mit dem Vorwurf des Antisemitismus zum Schweigen gebracht. Dagegen wenden sich auch viele jüdische Stimmen, u.a. Prof. Gideon Freudenthal aus Israel.



Dr. Gideon Freudenthal, geboren 1947, in Jerusalem, Professor für Wissenschaftstheorie und -Geschichte.

In den letzten Jahren wurde er wiederholt als scharfer Kritiker der Politik der Netanyahu-Regierung bekannt. Er setzte sich verschiedentlich gegen die Gleichsetzung von Israelkritik und Antisemitismus ein. So auch, zusammen mit über 60 Intellektuellen, in einem offenen Brief an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel. Darin heisst es u.a.:

"Unsere Sorge gilt der drohenden Annexion palästinensischer Gebiete durch Israel sowie dem inflationären, sachlich unbegründeten und gesetzlich unfundierten Gebrauch des Antisemitismus-Begriffs, der auf die Unterdrückung legitimer Kritik an der israelischen Regierungspolitik zielt.

Süddeutsche Zeitung, 27. Juli 2020.

Was hat Sie bewogen, den offenen Brief an Angela Merkel zu unterschreiben?

Der Vorwurf des Antisemitismus wird in jüngsten Jahren...systematisch genutzt wird, die Kritik der Politik Israels zu unterbinden. In Israel sind wir es gewohnt, dass die Regierung den Vorwurf des Antisemitismus nutzt, um Kritik zum Schweigen zu bringen. Es gibt hier einen Minister, zu dessen Aufgaben es gehört, der sogenannten BDS-Politik*) ausserhalb Israels entgegenzuwirken.

Sehen Sie, der Brief den ich unterschrieben habe, ist noch äusserst gutwillig gegenüber der israelischen Regierung. Er unterstellt z.B., dass Israel bis zur Ermordung von Yitzhak Rabin das Gespräch und den Frieden mit Palästina gesucht hat.

Und das würden Sie anzweifeln?

Ich würde sagen, dass Israel zwischen 1967 und 1995 sehr wenig unternommen hat, um einen unabhängigen Staat entstehen zu lassen. Und seit 1995 noch weniger. Inzwischen darf man den israelischen Willen, überhaupt Frieden im Nahen Osten zu erreichen, ernsthaft bezweifeln.

In dem Offenen Brief steht, eine politische Haltung wie die des Attentäters von Rabin trage sich heute in die Politik der israelischen Regierung fort. Wie meinen Sie das?

Das Attentat auf Rabin ...hat den Oslo-Prozess, der potentiell zu Frieden hätte führen können, unterbrochen. ...Der Attentäter hat also wirklich erreicht, was er wollte. Heute erklärt die israelische Regierung offiziell, dass sie Teile der besetzten Gebiete im Westjordanland annectieren will.

Sie wollen, dass Europa Druck auf Israel ausübt?

Ich wünsche mir Druck auf die israelische Regierung, nicht auf Israel per se. Die Politik der Regierung muss sich ändern. Das hat mit dem Staat an sich nichts zu tun. Wir stehen alle hinter dem Existenzrecht Israels.

Auszug aus Interview in Berliner Zeitung vom 5. Aug. 2020

*) BDS: Mit internationalem und gewaltlosem Boykott, Desinvestment, Sanktionen soll Israels Regierung dazu gebracht werden, die Besetzung der palästinensischen Gebiete endlich aufzugeben.

Beachten Sie zudem die Website ► www.nahostinfo-bern.ch

Kontaktadresse Mahnwache: berner.mahnwache@gmx.ch Fachstelle OeME Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn
Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22 / www.refbejuso.ch/oeme